

Lieferkettengesetz – richtige Richtung

Fairtrade-Steuerungsgruppe holt Einschätzung ein – „Es wäre mehr drin gewesen“

Der Bundestag hat das sogenannte Lieferkettengesetz verabschiedet. Das ist im Sinne auch der Straubinger Steuerungsgruppe Fairtrade-Stadt. Auch wenn sie sich inhaltlich noch mehr erhofft hätte. Auf Vermittlung von Feride Niedermeier und Erhard Grundl hat die Gruppe MdB Uwe Kekeritz (Die Grünen) als Referent zu einem Online-Meeting eingeladen. Kekeritz zeigte Stärken und Schwächen des Gesetzes auf und stärkte der Steuerungsgruppe den Rücken, denn lokal lasse sich sehr viel bewegen – im Bewusstsein.

Die Sprecherin der Gruppe, Maria Stauber, hieß die Teilnehmer der digitalen Runde willkommen, an der auch MdB Erhard Grundl teilnahm und MdB Alois Rainer ein Statement geschickt hatte. Einigkeit herrschte über Parteigrenzen hinweg, dass das Gesetz ein Schritt in die richtige Richtung ist, deshalb hätten auch die Grünen zugestimmt.

Faire Lieferketten bräuchten mehr

Grünen-MdB Uwe Kekeritz hat sich nicht erst im Vorfeld der Bundestagsentscheidung mit dem Thema befasst. Er dankte Entwicklungshilfefeminister Gerd Müller (CSU) und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) für ihre Initiative, die lange überfälligen UN-Vorgaben anzugehen, Profitmaximierung nicht als alles dominierende Unternehmensphilosophie hinzunehmen, sondern der unternehmerischen Verantwortung für regionale Entwicklung zu mehr Beachtung zu verhelfen. Wegen Zögerlichkeit in deren eigenen Fraktionen sei allerdings ihr Entwurf „klar hinter seinen Möglichkeiten geblieben“, moniert Kekeritz. In seinen Augen bräuchten faire Lieferketten mehr Umweltstandards seien zu wenig berücksichtigt, eine klare zivil-



Eine Frau arbeitet in einer Textilfabrik. Die Arbeitsbedingungen in sogenannten Billiglohnländern sind mit dem neuen Lieferkettengesetz wieder mehr in den Fokus gerückt.

Foto: dpa

rechtliche Haftung fehle. Wie bisher auch kann eine pakistanische Näherin vor deutschen Gerichten nur nach ausländischem Recht klagen – auch wenn ihr Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen künftig dabei helfen können.

Ab 250 Mitarbeiter wäre sinnvoll gewesen

Zielführend wäre eine Einbeziehung aller Unternehmen ab 250 Mitarbeiter gewesen (und nicht erst ab 3 000 und in drei Jahren 1 000 Beschäftigten) sowie Beachtung der gesamten Lieferkette und nicht nur der direkten Vertragspartner, sagt Kekeritz. Die BAFA (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle)

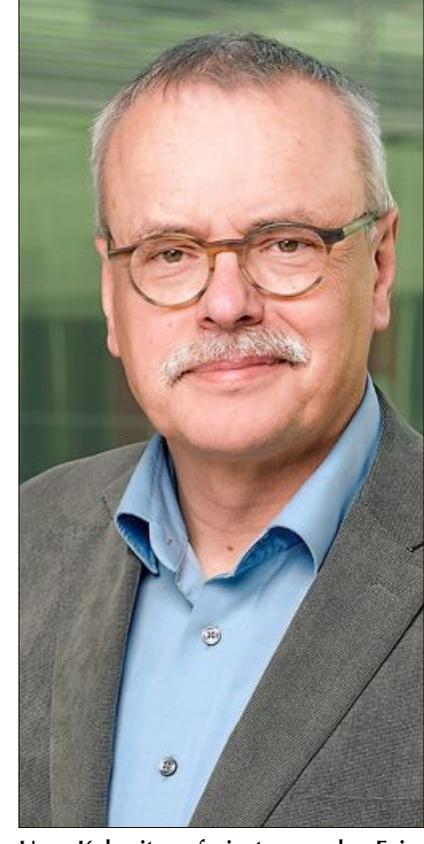
soll für die Überwachung der jetzt geregelten Pflichten sorgen. Kekeritz hätte in dieser Rolle lieber den Zoll gesehen. Im Gespräch mit großen Unternehmen habe er die Erfahrung gemacht, dass Aufgeschlossenheit gegenüber den Anliegen eines Lieferkettengesetzes bestehe, so Kekeritz. Das stehe zum Teil im Widerspruch zum Widerstand aus Unternehmerverbänden.

Nicht nur auf Freiwilligkeit setzen

Aus dem Kreis der Online-Zuhörer kam das Bananen-Beispiel. Der Kunde schaue auf den Preis, der seit Jahr und Tag gleich niedrig sei. Auf Kosten der Umwelt und der Produ-

zenten. Auch T-Shirts für drei Euro könnten für diesen Preis keinesfalls fair produziert sein. Kekeritz sagte, wenige Cent Teuerung für faire Produktion könnte sich eigentlich jeder leisten. Wenn sich hierzulande nicht jeder vernünftiges Essen und vernünftige Kleidung leisten könne, müsse man dieses Problem hier bei uns lösen. Ansonsten fahre man damit fort, dass Länder des globalen Südens die Zeche zahlten.

Stefan Stadler (Stadler & Honner), Mitglied der Steuerungsgruppe, gab Einblicke aus Händlersicht: Edeka verkaufe Bananen der gängigsten Marke zum selben Preis wie fair gehandelte, die eigentlich ein, zwei Cent teurer wären. 2,01 Euro sei nun mal im Vergleich zu 1,99



Uwe Kekeritz referierte vor der Fairtrade-Steuerungsgruppe. Foto: Kekeritz

Euro kein guter Preis. Ein starkes Gesetz käme in Kekeritz Augen verantwortungsvoll agierenden Unternehmen zugute, die sich als Umwelt- und Menschenrechtshasardeure Wettbewerbsvorteile verschafften. Darum ist er überzeugt, dass man bei der Einhaltung von Standards nicht nur immer auf Freiwilligkeit setzen kann. Und die öffentliche Hand müsse auch bei sich selber anfangen, da gibt er der Fairtrade-Steuerungsgruppe recht. Die Verwaltung auf faire Beschaffung auf breiter Basis zu verpflichten, mache anhaltende Anstrengung nötig, ist Maria Staubers Erfahrung. Damit nicht nur alibihaft fair gehandelte Fußballer gekauft würden. –mon-